

Vermasseln die Rechtsparteien die Klimapläne der EU?

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Kein Kontinent will den Klimaschutz derart entschlossen vorantreiben wie Europa. Doch im nächsten Juni könnten Programme wie der «Green Deal» oder «Fit for 55» einen empfindlichen Rückschlag erleiden: dann nämlich, wenn die Rechtsparteien wie prognostiziert deutlich gewinnen.

von Peter Panther

Für Sebastian Oberthür, Professor für Politikwissenschaften an der Brussels School of Governance, läuten die Alarmglocken. «Die Gefahr wächst, dass klimaskeptische Regierungen auf EU-Ebene blockieren», sagte er kürzlich zur «Welt». «Ein Ausfall der EU als Ganzes aus dem Pariser Abkommen wäre der grösstmögliche anzunehmende Unfall.»

Was Oberthür hier als Gefahr bezeichnet, hat einen realen Hintergrund: die Wahlen für das EU-Parlament im kommenden Juni. Bei diesen wird gemäss Umfragen ein deutlicher Vormarsch von Rechtsausser-Parteien erwartet. Und viele dieser Parteien, verächtlich als «Rechtspopulisten» oder Schlimmeres verschrien, sind überwiegend kritisch gegenüber dem Klimakurs der EU eingestellt. Legen sie bei den Wahlen klar zu, könnten es Klimaangelegenheiten im Parlament künftig deutlich schwerer haben.

Vermasseln AfD, FPÖ und Konsorten die schöne neue Klimawelt?

Dabei hat die Union eben erst ein hehres Ziel verkündet: Während bisher erst klar war, dass der Klimagasausstoss bis 2030 um 55 Prozent verringert werden soll («Fit for 55»), wurde vor einigen Tagen bereits die Latte für 2040 aufgelegt. Und die liegt hoch: Um satte 90 Prozent sollen die Treibhausgase bis dann reduziert werden – bevor die Klimaneutralität zehn Jahre später dann Wirklichkeit werden soll. Doch vermasseln AfD, FPÖ und Konsorten nun die schöne neue Klimawelt?

Europa gilt als weltweiter Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Kein anderer Kontinent will derart weit gehen. Während das Engagement Amerikas wackelt – besonders bei einer Wiederwahl von Donald Trump als Präsident –, und andere Weltgegenden die Klimapolitik eher gemächlich angehen, ist die EU vorgeprescht. Doch mit dem Vormarsch «rechtspopulistischer» Parteien drohe im EU-Parlament eine Koalition, die gegen die Klimapolitik gerichtet sei, warnte die Denkfabrik «European Council on Foreign Relations» im Januar.

Allerdings bilden die Rechtsparteien, was ihre Standpunkte in Sachen

Klimawandel angeht, keineswegs einen einheitlichen Block. Vielmehr unterscheiden sich ihre Positionen zum Teil deutlich: Während sie in einigen Ländern die menschengemachte Erderwärmung per se bezweifeln, stellen sie anderswo nur die konkreten Massnahmen in Frage – oder sind gar pro Klimaschutz eingestellt.

Grosse Unterschiede bei den Positionen zum Klimaschutz

Hier eine Übersicht über den Klimakurs der Rechtsparteien in einigen Ländern:

In **Deutschland** gehört die AfD zu den klimaskeptischsten Parteien des ganzen Kontinents. Auf ihrer Webseite steht: «Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert.» Denn diese Aussagen basierten auf Rechenmodellen, «die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können».

In den **Niederlanden** ist die «Partei der Freiheit» (PVV) von Geert Wilders, die im letzten November die Parlamentswahlen gewonnen hat, bezüglich Klima nicht minder oppositionell. «Man hat uns jahrzehntelang Angst vor dem Klimawandel eingeflösst», heisst es im Programm der Partei. «Für diesen unbezahlbaren Wahnsinn muss unsere gesamte Lebensweise auf den Kopf gestellt werden.» Wilders sprach sich im Wahlkampf dafür aus, dass die Niederlande das Pariser Klimaabkommen aufkündigen.

Klimaskeptisch geben sich in **Schweden** auch die Schwedendemokraten. Sie unterstützen die aktuelle Minderheitsregierung und haben daher viel Einfluss. Der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson hat in einem Fernsehinterview gesagt, es gebe keinen wissenschaftlichen Beweis für eine Klimakrise. Vielmehr habe man es mit einer «neuen Religion» zu tun.

Auch bei der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in **Österreich** hält man nicht viel von Klimaschutz. Aber angesichts der Aussicht, stärkste politische Kraft des Landes zu werden, hat man sich etwas eingemittelt. Noch 2022 sprach FPÖ-Chef Herbert Kickl vom «sogenannten Klimawandel» und bezeichnete den Weltklimarat als «Glaubenskongregation». Mittlerweile erachtet er die «Klimakrise» aber nicht mehr als generell irrelevant. Es sei gut, auf nachhaltige Energiequellen umzustellen. Allerdings sei die aktuelle Klimapolitik «völlig überbordend», so Kickl.

In **Frankreich** hat auch Marine Le Pen, Chefin des Rassemblement National, intakte Chancen, bald an der Macht zu sein. Entsprechend macht ihre Partei nicht auf Totalopposition und liess verlauten, es sei politisch kontraproduktiv, den menschengemachten Klimawandel abzustreiten. Allerdings mahnte Le Pen noch im Präsidentschaftskampf 2022, der angestrebte ökologische Übergang müsse «langsamer vonstatten» gehen.

Auch hat sie den Weltklimarat als «sehr, sehr alarmistisch» bezeichnet.

Bereits an den Schalthebeln der Macht ist in **Italien** Giorgia Meloni von den rechtsstehenden Fratelli d' Italia. Sie setzt sich gemäss ihren Bekundungen für mehr Klimaschutz ein, allerdings mit der Einschränkung, dass dieser wirtschaftsverträglich erfolgen müsse. Kritische Töne gab es auch von ihr schon, hat sie doch den «Green Deal», das zentrale Klimaschutzprogramm der EU, als «Klimafundamentalismus» bezeichnet.

Viktor Orban in **Ungarn** ist zwar in der EU-Zentrale gar nicht beliebt. Am Thema Klimaschutz aber liegt es wohl nicht, bekennt sich doch der Regierungschef von der rechtsnationalen Fidesz-Partei zu einem forcierten Klimaschutz. Dieser sei eine «patriotische und christliche Pflicht». Orban hat aber die Klimapläne der EU zu einem früheren Zeitpunkt als «utopische Fantasien» bezeichnet.

AfD, PVV und Ukip am stärksten klimaskeptisch

Aufschlussreich – wenn auch nicht mehr taufrisch – ist eine Erhebung des Berliner Denkfabrik Adelphi von 2019. Sie hat das Abstimmungsverhalten der Vertreter von Rechtsparteien aus 16 Ländern im EU-Parlament ausgewertet. Einbezogen wurden 13 Abstimmungen in Sachen Klimaschutz und Energie in den Jahren 2015 bis 2018. Am stärksten klimaskeptisch schnitt dabei die deutsche AfD ab, gefolgt von der niederländischen PVV und der britischen UK Independence Party (Grossbritannien war damals noch Mitglied der EU). Fast durchgehend für mehr Klimaschutz stimmten demgegenüber die Abgeordneten der Partei «Order and Justice» aus Litauen sowie der Fidesz aus Ungarn.

Habeck's Heizungshammer kostet bis zu 72.000 € pro Tonne CO₂-Vermeidung

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Ein Video mit Bericht zu einem Vortrag von EIKE Vize Michael Limburg im Berliner Hayek Club am 19.9.23

Ein wertvoller sachlicher Vortrag zu einem aktuellen brisanten Thema. Referent Michael Limburg, Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima- und Energie, langjähriges Mitglied der Hayek-Gesellschaft von Beruf Dipl. Ing der E-Technik und Mess- und Regelungstechnik erläuterte dem interessierten und tlw. sehr fachkundigem Publikum, die extremen Kosten der Energiewende, bei gleichzeitig nicht erkennbarem Nutzen. Er

erläuterte dies am Zustand des immer wackliger werdenden Stromnetzes, welches heute zwei völlig zueinander konträr laufende Erzeugersysteme, mit immer größer werdendem Aufwand, in Balance halten muss.

Da wären zum einen die 500 bis 700 grundlastfähigen, schnell regelbaren zentralen konventionellen Kraftwerke, für die das Netz eigentlich und nur dafür ausgelegt ist, und zum anderen die heute schon 2,5 Millionen Photovoltaik Erzeuger, und die ca. 30.000 Windkraftindustrieanlagen, deren Strom-Erzeugung von den Launen der Natur abhängt, die aber dank der gesetzlich vorgeschriebenen Vorrangspeisung immer und zu jeder Zeit in der Einspeisung dominieren. Um dessen extrem wichtige Stabilität zu gewährleisten – Stichwort Vermeidung von Blackout – müssen die Netzbetreiber in 24/7 Schichten ständig und immer mehr Ausgleichsmaßnahmen (Redispatch) vornehmen. Beliefen sich diese in den Nullerjahren dieses Jahrhunderts noch auf weniger als 10 pro Jahr, erreichten sie in 2022 bereits die unglaubliche Zahl von 12.500 und werden – verstärkt durch das Abschalten der letzten 3 Kernkraftwerke im April dieses Jahres – dieses Jahr die Schwelle von 14.500 erreichen oder sogar überschreiten. Das wären dann statt weniger als 10 pro Jahr knapp 40 pro Tag. Die Kosten dafür werden auf die Verbraucher umgelegt und erreichten in 22 bereits den astronomischen Wert von 3,5 Mrd €. Und da es von seiten der Zuschaltung von weiteren Kraftwerken der Umgebungsenergien kein Ende abzusehen ist, denn die Zahl der Windkraftindustrieanlagen soll verdreifacht werden, und auch der Zubau der Photovoltaikanlagen soll um 6.000.000 Einheiten erhöht werden, ist der Blackout nur noch eine Frage der Zeit. Nach Meinung von Limburg wird dies zwangsläufig und sehr bald zu einem Kippen des Netzes führen, sodass dann Brown- und Blackouts an der Tagesordnung sein werden, mit allen furchtbaren finanziellen, sozialen und ökonomischen wie ökologischen Kosten. Die wichtige Frage die Limburg am Schluss stellt und auch beantwortete war, was bringt das dem Klimaschutz? Die Antwort fällt vernichtend aus, denn an der CO₂ Konzentration, dem vermuteten Treiber des Klimawandels, ändern diese Maßnahmen gar nichts. Das belegt Limburg an der Darstellung des steten Wachstums der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre, welches nicht mal die kleinste Delle zeigt, als in 2020 dank politisch verfügbarem weltweitem Lockdown, die Wirtschaft in fast allen Ländern der Erde zusammenbrach. Die Folge war ein schwerer Einbruch der CO₂ Emissionen dessen Menge um 1,8 – 2,4 Gigatonnen abnahm. Das ist deutlich mehr, als Deutschland, Frankreich und Italien zusammen aufbringen. Das bedeutet – so Limburg – dass selbst die völlige wirtschaftliche Stilllegung der drei Kernländer Europas, nichts aber auch gar nichts am Anstieg der CO₂ Konzentration ändern würde. Was wiederum bedeutet, dass die dafür eingeführte Gesetzgebung gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit verstößt, welches zwingend einen legitimen Zweck, die Geeignetheit der Maßnahme, die Erforderlichkeit der Maßnahme, und die Angemessenheit der Maßnahme vorschreibt. Selbst der Zweck der Maßnahme ist, trotz vieler Gesetze nicht mehr legitim, da er auf das Wohl der Allgemeinheit gerichtet sein muss oder auch kein Zweck eines staatlichen Schutzauftrages nicht besteht. Alle anderen

Bedingungen erfüllen diese Maßnahmen vorn vornherein nicht. Eine weiterer Beleg für diese These war die Beleuchtung der gerade verabschiedeten Novelle des Gebäude Energiegesetzes, welche – verkürzt dargestellt- die Verwendung von Wärmepumpen für Heizungszwecke für jeden Haushalt vorschreibt. Limburg charakterisierte dieses Gesetz (168 Seiten) als den „Heizungshammer“ mit 168 Seiten, als tiefen Eingriff in die Privatsphäre; wobei Gegenwehr fast unmöglich sei, weil „ Im überragenden öffentlichen Interesse“; und irre Kosten zur Folge haben wird; es wäre ein bürokratisches Monstrum und letztendlich nicht durchführbar, wobei die Kosten sich garantiert in die Größenordnung von knapp 3 Billionen € bewegen dürften und damit CO2 Vermeidungskosten von bis zu 72.000 € pro Tonne CO2 erreichen würden. Auch dafür zeigte Limburg, dass der Vollzug des sog. Green Deal der EU, zu der die GEG Gesetzgebung zählt, selbst bei Annahme, dass CO2 ein klimawirksames Gas wäre, nach Durchführung und nach Berechnung des IPCC Szenarios SSP 2 nur zu einer Absenkung der Erwärmung um 0,004 Grad C bis zum 2100 Jahre führen würde, dafür aber Kosten bis zu 5 Billionen € bsi 2030 entstünden, also in keinerlei Verhältnis zum erwartbaren Ergebnis stünden.

Berlin schützt das Klima .. und verstößt damit vermutlich gegen die Verfassung. Eine Anhörung zu wirkungslosen aber sehr teuren Verarmungsgesetzen!

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

„Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO2- Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.“

Nigel Calder 1998 Herausgeber der berühmten Wissenschaftszeitung „New Scientist.“

Von Michael Limburg

Berlin will das Klima schützen. Dazu macht es Gesetze, sehr teure Gesetze! Die überdies völlig wirkungslos sind. Deswegen dürften sie verfassungswidrig sein. Denn auch die Berliner Verfassung verlangt dem Gebot der Verhältnismäßigkeit zu folgen. Und das schreibt nicht nur den legitimen Zweck jeder Amtshandlung, jeder Vorschrift, jedem Gesetz vor, sondern ebenso bindend auch deren Geeignetheit, die Erforderlichkeit sowie deren Angemessenheit vor. Keine der letztgenannten Voraussetzungen wird mit dem behandelten Entwurf erfüllt.

Berlin hat auch den Klimanotstand (noch unter Rot-Grün) im Jahr 2019 ausgerufen. Was das bedeutet, weiß niemand! Im Volk nicht, und auch in der Politik kaum jemand. Die aber, die ihn ausgerufen haben, wissen was das bedeutet: Macht. Macht um das Volk in eine Richtung zu treiben, die es in der überwiegenden Mehrheit nicht will. Jedenfalls seit es erkennt, dass es zwar gezwungen wird, schwerste, auch finanzielle Opfer zu bringen, um einen statistischen Mittelwert, was das Klima nun mal ist, zu „schützen“, aber dafür nichts anderes bekommt als Wohlstandsverlust bis hin zur Armut! Und das erkannte es derzeit mehr und mehr.



Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz; Sitzung vom 31.8.23 Bild.
Abgeordnetenhaus von Berlin

Berlin ist auch, und das schon 2005, der Klimainitiative C40 beigetreten. C40 klingt sehr technisch, fast harmlos. Doch die C40 Initiative plant einen umfassenden Angriff auf unser alle Lebensstil. Sie will den individuellen Personenverkehr verbieten, sie will unsere Ernährung auf vegetarisch, besser noch vegan, umstellen, und sie will auf Null-Emissionen umstellen. D.h. die Nutzung sämtlicher fossiler Brennstoffe verbieten. Und tut fast alles, um diese Ziele zu Lasten und vor allem auf Kosten der Betroffenen zu erreichen. Dem dient auch das „hehre“ Berliner Klimaschutzgesetz. Ein Gesetz, dass alle Bundesländer inzwischen nach dem Vorbild des Bundes-Klimaschutzgesetzes, erlassen

haben. Wie bei allen anderen, soll auch dieses Gesetz dafür sorgen, dass Berlin bis 2045 „klimaneutral“ sein soll. Dafür schreibt es minutiös vor, wie dies zu geschehen hat. Und damit das alles auch wirklich auf Spur bleibt, ist ein teurer Begleitprozess vorgeschrieben. Dem dient das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm. Es schreibt detailliert vor, was wann zu geschehen hat.

Im Text findet man unter dem Einführungstitel „Problem“ den folgenden Satz:

„Gemaß § 4 Abs. 1 des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes (EWG Bln), das zuletzt durch Gesetz vom 27. August 2021 geändert worden ist, hat der Senat von Berlin ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, welches Strategien und Maßnahmen zur Erreichung der Berliner Klimaschutzziele enthält, zu erstellen bzw. regelmäßig weiterzuentwickeln. Dabei soll es Sektorziele zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen, insbesondere in den Sektoren Energieversorgung, Gebäude, Wirtschaft und Verkehr sowie eine Festlegung der Gesamtmenge an Kohlendioxidemissionen, die im Zeitraum der fünf auf die Beschlussfassung des Programms folgenden Kalenderjahre höchstens emittiert werden sollen, enthalten. „

Und behauptet das Folgende sei die Lösung:

„Die vorliegende Fassung für ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) für den Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026 wird vom Senat von Berlin beschlossen und an das Abgeordnetenhaus mit der Empfehlung vorgelegt, das Programm zu beschließen. Die Vorlage berücksichtigt dabei sowohl die Entwicklungen im Bereich der internationalen und nationalen Energie- und Klimaschutzpolitik als auch die geänderten Rahmenbedingungen gemäß dem Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz Berlin (EWG Bln). Grundlage für die Erstellung des hier vorgelegten BEK 2030 sind für den Klimaschutzteil die „Empfehlung zur Weiterentwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 – Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026“ eines beauftragten Fachkonsortiums¹ sowie eine Vielzahl von Maßnahmenvorschlägen aus den einzelnen Fachressorts, der Klimaanpassungsteil wurde durch die für Klimaschutz zuständige Senatsverwaltung in enger Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachressorts erstellt.

¹ Fachkonsortiums aus Berliner Energieagentur (BEA), DIW Econ und Wuppertal Institut.

Beide Absätze sind jedoch nichts anderes als reine Anmaßung und dazu noch auch in ihrer Wirkung völlig belanglos, jedenfalls in Bezug auf das lokale, das nationale wie auch das Weltklima. Und das weiß auch ein jeder! Wirklich jeder. Oder muss es wissen. Denn um das zu erkennen, genügen die Grundkenntnisse im Lesen, Rechnen und ein wenig der Naturwissenschaften, die damals noch in der Volksschule vermittelt wurden.

Aber sie sind nicht belanglos in Bezug auf die Möglichkeit der Politik Geld mit vollen Händen auszugeben, ihre Klientel zu füttern, bspw. durch üppige Auftragsvergabe bspw. an das „Fachkonsortium“ welches in der Fußnote genannt wird, und den Rest der Bevölkerung sowohl abzukassieren, als auch zu drangsalieren. Und das in völliger Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzeslage.

Und weil das so schön funktioniert und weil man das Geld mit vollen Händen ausgeben will, wird das Berliner Abgeordnetenhaus, wie das Stadtparlament in Berlin heißt, damit befasst. In Gestalt des dafür zuständigen Ausschusses für – sie ahnen es – für Umwelt- und Klimaschutz. Behandelt und wichtigstes Thema war die

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Drucksache 19/0778-1

Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026

– Austauschseiten zu den Seiten 66, 162 und 163 der Anlage – Drucksache 19/0778

Drucksache 19/0778-1

Wer sich die ganze Sitzung antun will, möge dies hier tun. Und hier kann das Wortprotokoll nachgelesen werden

Gegenüber rd. 22 Ausschussmitgliedern und der zuständigen Umweltsenatorin Dr. Manja Schreiner, die gerade erklären muss, wie es denn kommen könne, dass ca. 69 % ihrer Doktorarbeit unter Plagiatsverdacht stehen, und Ihrer Mitarbeiterin, durften 4 „Anzuhörende“, vulgo Experten, zu diesem Energie- und Klimaschutzprogramm Stellung nehmen. Ich war einer davon, und fühlte mich – wie anders- von Beginn an, als weißer Rabe. Während die anderen die Panik schürten, besonders der Vertreter des Instituts für „Ökologische Wirtschaftsforschung“ ÖWF ein Prof. Bernd Hirschl, sachkundig und professionell unterstützt von Tilmann Heuser Landesgeschäftsführer, des BUND Berlin e.V. beschränkten sich die andern beiden auf Sachvorträge zu den erhobenen Zahlen bzw. auf die schädlichen Auswirkungen der bereits beschlossenen und noch kommenden Gesetze auf die Wohnungswirtschaft, ohne jedoch den Sinn und Zweck dieser Maßnahmen auch nur im Ansatz in Frage zu stellen. Dies blieb allein mir vorbehalten.

Den Zusammchnitt meiner Ausführungen können Sie hier sehen.

Den Text gibt es als pdf hier. Statement Berliner Abgeordnetenhaus .
Entwurf 3-1

Krönender Abschluss meiner Ausführungen war dann das Statement der plagiatsverdächtigen Umweltsenatorin Dr. (wie lange noch) Manja Schreiner.

“Zu den Einlassungen des Anzuhörenden Limburg möchte ich stellvertretend für den gesamten Senat betonen an dieser Stelle, dass wir dezidiert bei jeder Ihrer Ausführungen andere Auffassungen sind.“

Auf meine Zwischenfrage, ob das auch auf die von mir genannten Fakten zuträfe, erfolgte keine Antwort mehr, obwohl sie diese ankündigte. Machen Sie sich Ihren eigenen Eindruck.

Beim Schreiben dieser Zeilen kommt mir immer wieder, als sehr passende Beschreibung der Situation in der sich die Politik, stellvertretend der Senat von Berlin und bis auf drei von der AfD, alle Mitglieder des Ausschusses befinden, das Bonmot von Mark Twain in den Sinn, der deren Situation wie folgt beschrieb:

„Als die Reisegesellschaft ihr Ziel aus den Augen verloren hatte, verdoppelte sie ihre Geschwindigkeit!“

Wenn es nicht dank der fürchterlichen Konsequenzen, die diese Handeln hat, so traurig, wäre, könnte man aus vollem Herzen lachen.

Erderwärmung: Die unterschätzte Rolle der Bodenversiegelung*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 24. Februar 2024

=====

Wolfgang Kaufmann (Red. PAZ)*

Wo die Sonne auf Beton statt auf Grün trifft, wird es naturgemäß besonders heiß. Dies wird auch dazu

missbraucht, um besonders alarmierende Messwerte zu erlangen, wie eine US-Studie herausfand

=====

Ob tatsächlich eine signifikante und damit auch relevante Erderwärmung oder gar „Erderhitzung“ stattfindet, ist stärker umstritten, als die Klima-Alarmisten wahrhaben wollen: Mittlerweile hadert sogar **der neue Vorsitzende des UN-Weltklimarates IPCC, James Skea**, mit den permanent beschworenen Untergangsszenarien, und der Physik-Nobelpreisträger von 2022, John F. Clauser, äußerte kürzlich: **„Ich kann getrost sagen, dass es keine echte Klimakrise gibt.“**

Allerdings lässt sich ein Umstand nicht ignorieren: Dort, wo mehr Menschen leben, ist es tatsächlich wärmer. So liegen die Temperaturen auf der Nordhalbkugel der Erde, die 90 Prozent der Bewohner unseres Planeten auf 68 Prozent der globalen Landmasse beherbergt, zweifelsfrei höher. Das resultiert aber weniger aus dem Stoffwechsel des Homo sapiens – jeder Vertreter unserer Spezies produziert kontinuierlich rund 100 Watt Körperwärme – als aus dem zivilisatorisch bedingten Flächenfraß.

Denn eine naturbelassene und mit Vegetation bedeckte Fläche wird im Vergleich zu bebautem beziehungsweise mit Asphalt, Beton oder Pflastersteinen versiegeltem Land deutlich weniger heiß. Konkrete Messungen hierzu ergaben: Bei 34 Grad Lufttemperatur beträgt die Oberflächentemperatur von Rasenflächen rund 30 Grad, wohingegen sich die benachbarten Gehwege und Straßen auf 50 Grad aufheizen. Ähnlich dürften die Werte auf Dächern sein. Der Temperaturunterschied zwischen natürlichen und künstlich gestalteten Flächen liegt also im Durchschnitt bei 20 Grad, wenn draußen sommerliche Wärme herrscht.

Auch Immigration treibt Flächenfraß

Vor diesem Hintergrund kann man es nur als ausgesprochen nachteilig bezeichnen, dass der Flächenfraß in Deutschland derzeit ein Ausmaß von 58 Hektar pro Tag angenommen hat. Der größte Teil, nämlich 40 Hektar, geht dabei auf das Konto des Wohnungsbaus sowie der Schaffung von Industrie- und Gewerbeflächen. So verschlingt die geplante Ansiedlung der beiden Halbleiterwerke des US-Herstellers Intel bei Magdeburg nicht nur Rekordsubventionen in Höhe von 3,3 Millionen Euro pro Arbeitsplatz, sondern auch 450 Hektar Land, darunter 380 Hektar bester Börde-Ackerboden.

Weitere zehn Hektar am Tag fallen neuen Freizeit- und Erholungseinrichtungen zum Opfer. Dazu kommen außerdem noch acht Hektar täglich für die Erweiterung der Verkehrsflächen – obwohl diese hierzulande momentan recht schleppend verläuft.

Allerdings betrug der Flächenfraß in Deutschland im Jahre 1900 noch 130

Hektar innerhalb von 24 Stunden und sank hernach kontinuierlich bis 2015 auf 50 Hektar pro Tag. Dann sorgte unter anderem der massenhafte Zustrom von Immigranten für einen erneuten Anstieg des Flächenverbrauches: 3,6 Millionen eingereiste „Schutzsuchende“ oder solche, die vorgaben, welche zu sein, benötigten Unterkünfte und eine entsprechende Infrastruktur zur Versorgung, wodurch zahlreiche neue Hitzeinseln in Stadt und Land entstanden.

Das gilt analog für **die Energiewende**. Die riesigen Solar- und Windparks, die „ökologisch“ produzierten Strom liefern und Gas-, Kohle- oder Kernkraftwerke überflüssig machen sollen, **beanspruchen ebenfalls zunehmend mehr Land, auf dem vorher Gräser, Büsche und Bäume wuchsen und als natürliche Thermostate fungierten.**

Daran ändert auch der „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ nichts, den die EU-Kommission im September 2011 an das Europäische Parlament, den EU-Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie den Ausschuss der Regionen schickte. So ist das darin gesteckte Ziel, „die Landnahme so zu reduzieren, dass bis 2050 netto kein Land mehr verbraucht wird“, bei einer Fortsetzung der derzeitigen Migrations- und Energiepolitik absolut illusorisch.

96 Prozent der Stationen „gestört“

Der Flächenfraß gerät aus naheliegenden Gründen heute kaum ernsthaft zum Thema in den Medien, dennoch müssen seine Folgen nun dazu herhalten, die Klimapanik weiter zu befeuern. Das geschieht durch eine gezielte oder zumindest fahrlässig vorgenommene falsche Platzierung von Temperaturmessgeräten an Standorten, welche sich rasch aufheizen. Auskunft hierüber gibt unter anderem eine Studie des ehemaligen US-amerikanischen Radio- und Fernsehmeteorologen Anthony Watts, welche 2022 von der konservativ-liberalen Denkfabrik The Heartland Institute herausgegeben wurde und den Titel trägt: „Corrupted Climate Stations. The Official U.S. Temperature Record Remains Fatally Flawed“ (Beschädigte Klimastationen. Die offizielle Temperaturerfassung in den USA bleibt fatal fehlerhaft).

Darin wird gezeigt, dass **96 Prozent der 8700 Mess-Stationen des Cooperative Observer Program (COOP) des Nationalen Wetterdienstes (NWS) der Vereinigten Staaten zur Erfassung von Werten zum Nachweis des angeblichen Klimawandels nicht den Standards der staatlichen Wetter- und Ozeanographiebehörde für eine „akzeptable“ und „unverfälschte“ Datengewinnung entsprechen.**

Dies resultiert daraus, dass sie in zu großer Nähe zu wärmeproduzierenden oder wärmespeichernden Objekten stehen, wobei zu den Letzteren eben auch Gebäude, Parkplätze, Straßen, Mauern und ähnliches zählen. Seine Aussagen belegt Watts unter anderem mit zahlreichen eindeutigen Fotos von Messstationen quer durch die USA, vielfach aufgenommen mit Wärmebildkameras, welche die übermäßige Aufheizung in

der Nähe der Thermometer auf das Eindrücklichste zeigen, wonach er dann außerdem noch zu dem Fazit gelangt, **dass die Daten der wenigen „ungestörten“ Stationen „nicht auf eine Klimakrise hindeuten“.**

Dabei dürften die Verhältnisse in der dicht besiedelten Bundesrepublik ganz ähnlich sein. Das zeigt unter anderem der Skandal um den angeblichen „deutschen Allzeit-Hitzerekord“ vom 25. Juli 2019. Dem Deutschen Wetterdienst (DWD) zufolge betrug die Lufttemperatur in der Gemeinde Lingen im Emsland damals genau 42,6 Grad Celsius im Schatten. Allerdings lag die Messstation an einem ausgesprochen stark aufgeheizten Platz, was eindeutig gegen die Qualitätskriterien der World Meteorological Organization (WMO) verstieß.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 18. August 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Wolfgang Kaufmann** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Das GEG und nie gekannter Betrug an deutschen Bundesbürgern

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Die Ampelpolitik und ihre Zerstörung von politischem Anstand und Regeln

Von Werner Eisenkopf,

EIKE-Gründungsmitglied, Und auch einfaches Mitglied der SPD, seit 1985

Sachstand beim Verfassen: Fr. 16.6.2023 Morgens – Brief an den SPD Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Rolf Mützenich in leicht editierter Form

Diese drastische Überschrift, ist hier völlig bewußt und absichtlich so formuliert. Wer die politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kennt, wird keinen einzigen früheren Fall kennen oder ein Beispiel

nennen können, wo eine ähnlich massive Täuschung, Belügung und Nötigung der Bürger vorkam. Wo man so willkürliche, extrem teure, oft auch noch sinnlose und die Grundrechte auf Eigentum verletzende Gesetztexte für Zwangsmaßnahmen, auch noch in extrem kurzer Zeit durchziehen wollte.

Habeck hat tatsächlich die CO₂-Emissionen sogar an 2022 deutlich verstärkt! Das verschweigt er aber und auch sein Staatssekretär Udo Philipp. Weiter unten wird dies näher erklärt. Dazu stürzen die Ampel-Politiker, jetzt auch noch bundesweit alle Bau-Genehmigungsbehörden, Schornsteinfeger, Handwerkerfirmen etc. in ein zeitlich-terminliches Chaos! Langwierige Dinge wie Bau- und Energieplanung, müssen ja nun plötzlich um mehrfaches beschleunigt werden, wenn man sich dem Habeck-Diktat, nicht einfach beugen will. Allein schon der Zeitpunkt, ab 1.1.2024, ist an sich schon absurd und überhaupt viel zu kurz. Haus- und Heizungsplanungen sind ja kein Schnellschuss-Projekt, das nachher auch leicht wieder korrigierbar ist und allein Zuschussklärungen, können in Einzelfällen eher lange dauern. Ohne diese aber können Viele gar nicht bauen.

Die darin beteiligten Politiker der Ampel-Koalition, haben hier wirklich jedes Gespür und Maß verloren. Sie erkennen offenbar nicht einmal, daß sie gerade GESCHICHTE machen. Jedoch NEGATIVGESCHICHTE und dies immer näher an undemokratischen Zonen, die mancherorts auch bereits „KLIMA-Faschismus“ genannt werden, ohne hier und heute, diesen Begriff bereits selbst zu verwenden.

Doch der Reihe nach, Punkt für Punkt und am Ende eine deutliche Grafik.

Seit Monaten stritt man in der Bundespolitik der Ampel-Regierungsparteien, um das geplanten schärfere GEG – Gebäude-Energiesetz. Die SPD eher unbestimmt, Die FDP scheinbar als „Rebell für den Bürger“ und die Grünen als diejenigen, denen dies alles noch zu wenig und zu langsam ist. Vor wenigen Tagen plötzlich die Schlagzeilen, man habe sich geeinigt und wolle das Gesetz noch vor der Sommerpause im Bundestag durchbringen. Dazu, daß man Änderungen als nötig erkannt habe und berücksichtigen werde. Es käme also „ein ganz neues Gesetz“ als Vorlage.

Stattdessen wurde im Bundestag die unveränderte ALTE GEG-Entwurfssfassung vom 17. Mai 2023 eingebracht! Dies nur mit „Leitplanken“ als neue Verbal-Beschönigung. Somit eine da schon fast einen Monat alte Fassung, die keine einzige der vorher vollmundig versprochenen Änderungen und Anpassungen enthielt. Allein dies ist schon ein Affront und eine Beleidigung für jeden normal denkenden Bürger. Hier sieht ganz besonders die Bundes FDP schon wirklich lächerlich aus. Wozu das ganze vorherige Getue, wenn das noch nicht mal im eingebrachten Entwurf überhaupt enthalten ist.

Dann hat der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Mittwoch, 15. Juni im Bundestag öffentlich behauptet, wegen „Untätigkeit“ in der

Merkel-Regierungszeit, müsse alles nun „schneller“ gehen. Dies als vorgeschobene Begründung für das extrem hohe Tempo, was hier plötzlich gezeigt wird. Das nachher wohl für die meisten deutschen Bürger, egal ob als Hausbesitzer oder als Mieter, sicherlich persönlich teuerste Gesetz aller Zeiten, demnach im Schweinsgalopp und Rekordtempo durch den Bundestag ziehen.

Diese Argumentation des Bundeswirtschaftsministers Habeck und dazu auch aller dies genauso begründenden Ampel-Politiker, ist inhaltlich leider tatsächlich eine glatte Lüge und Betrug am Bürger. In einer funktionierenden Demokratie wäre dies zudem ein Fall für die Gerichtsbarkeit wegen Falschinformation und Vortäuschung falscher Tatsachen.

Tatsächlich verschweigt Herr Habeck, daß ausgerechnet er selbst als Minister, im Jahr 2022, die Emissionen (CO₂) stark ERHÖHT hat. Viel mehr erhöht hat, als man mit all diesen teuren Heizungs-Umbauten überhaupt je „einsparen“ könnte. Der „Klima-Minister“ als Pusher von CO₂! Stand dies jemals in einer Zeitung oder sendeten ARD oder ZDF etwas dazu? Offenbar nie! Diese Journalisten WOLLEN NICHT sehen, was unübersehbar ist.

Nicht nur das Bundeswirtschaftsministerium hat genaue Zahlen, wieviel russisches Erdöl und Erdgas, vor dem Russland-Ukraine-Krieg, nach Deutschland importiert wurde. Diese Riesenmengen waren nicht nur vergleichbar billig eingekauft, sondern erforderten auch nur eine begrenzte Zahl an ökonomischen sparsamen Pipeline-Pumpen und -Verdichtern. Dies alles ist nun aber umgestellt auf jetzt unzählige und teils weltumspannende Schiffstransporte! Schon in 2022 waren das hunderte von Schiffsladungen, anstatt der Pipelines. Jeder riesige Schiffsmotor, mit dazu meistens noch Schweröl als „allerdreckigster möglicher“ Treibstoff, pustet ungleich mehr Emissionen aus, als vorher die Pipelines. Doch wo ist dies aufgelistet und berechnet? Stattdessen wird es komplett totgeschwiegen und Reporter stellen sich dazu auch dumm.

Wenn Herr Habeck also „wegen der Merkel-Zeit“ seine jetzige Eile begründet, aber dabei seine eigene, von ihm selbst ministeriell verantwortete STEIGERUNG der Emissionen unterschlägt und totschweigt, ist das letztendlich LUG und BETRUG am Bürger.

Dazu kommt teilweise sogar dasselbe (!) russische Erdöl, wie früher einst per emissionsarmer Pipeline, nun aber per Schiffen zu uns. Dies teils auf Umwegen wie über Indien und viel mit griechischen Tankern transportiert. Dazu alles natürlich auch um ein vielfaches teurer als früher.

Wer also als alleiniges Maß aller Dinge, die ausgestoßenen CO₂-Mengen berechnet, muß den Habeck-Behauptungen widersprechen. Kein einiger Bundesbürger und kein deutscher Industriemanager, hat jemals vorhandene Emissionen so stark gesteigert, wie ausgerechnet Herr Minister Habeck

seit 2022!

Die Begründungen für diese Gesetzes-Eile im Bundestag, sind also schlicht gelogen und sollen täuschen. Dies sollte den beiden Fraktionsvorsitzenden von FDP und SPD im Bundestag auch bekannt sein, doch es wären da noch viel mehr konkrete Worte und Äußerungen schreibbar, aber die kommen sicherlich noch massiv in den aktuellen Landtagswahlkämpfen von Hessen und Bayern. Die Proteste in Erding, am 10.6.23, waren sicherlich nur ein Anfang von Größerem. Auch Rolf Mützenich, wird sich garantiert noch warm anziehen müssen.

Dann nochmals zu der im GEG-Entwurf genannten Schlüsselzahl „65%“ ohne irgendeine auch nur ansatzweise Begründung, wie oder wodurch diese Zahl überhaupt zustande kam? Bisher mußte bei neuen deutschen Gesetzen oder Regeln, zumindest ansatzweise eine Art „Legitimierung“ des staatlichen Eingriffs vorgelegt werden. Also deren Einführung und Details, zumindest etwas detailliert begründet werden.

Heute scheint es zu reichen, daß zu irgendeiner späten Nachtstunde in Berlin, nach einem langen Koalitions-Verhandlungstag 2021, die müden und vielleicht mehr oder weniger alkoholisierten Ampel-Politiker, solche Zahlen würfeln oder losen? Daß sie offenbar einfach eine willkürliche und „krumme“ Zahl „65%“ spaßeshalber damals als „Einigung“ bezeichnen und diese nun in einen Gesetzentwurf einbringen, ohne sie als Zahl und Herleitung überhaupt je zu erklären. Ein Ansatzpunkt für jede spätere Verfassungsklage, gegen das GEG.

Doch auch unzählige Zeitungsreporter und Fernseh-Journalisten, schieben und sendeten schier unzählige Details von Details zum GWG-Entwurf, jedoch niemals etwas zu dieser Zahl „65 %“ selbst. Man nennt dies sinngemäß den „rosa Elefanten“ im Raum, DEN KEINER SEHEN WILL!

Daß all diese teure Umstellung bundesdeutscher Heizungen, zu Irrsinnspreisen, nachher irgendwas am globalen Wetter bzw. Klima „ändern“ würde, glaubt auch Robert Habeck gewiss nicht. Selbst sein eigener früherer Staatssekretär Graichen, nannte mal „1,4 % rechnerische Emissionseinsparungen für ganz Deutschland bis 2030, falls bis dazu 6 Millionen Wärmepumpen, entsprechend Öl- und Gasheizungen abgelöst haben sollten.

Man lasse sich dies nur mal auf der Zunge zergehen. In der Grafik ganz unten, kann man dies grafisch schön klar dargestellt sehen.

Es ist sogar sicher, daß die globalen Emissionen noch viel stärker ansteigen werden, als nicht nur Deutschland, sondern sogar die ganze EU künftig (bis 2045/2050) „EINSPAREN“ kann! Die jetzt schon offiziellen und gemeldeten Steigerungspläne, beim künftigen Kohle-, Erdöl- und Erdgasverbrauch von Indien und China, lassen das ganze „Klimaschützen“ nur noch als reine „politisch gewollte grüne Symbolpolitik“ aussehen. Maßlos, teuer, schädlich und sinnlos fürs Klima! Man betrachte nur einmal die Grafik unten und den „globalen Fliegenschiss“ der deutschen

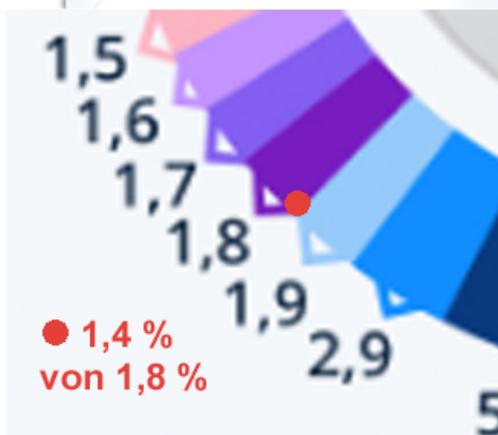
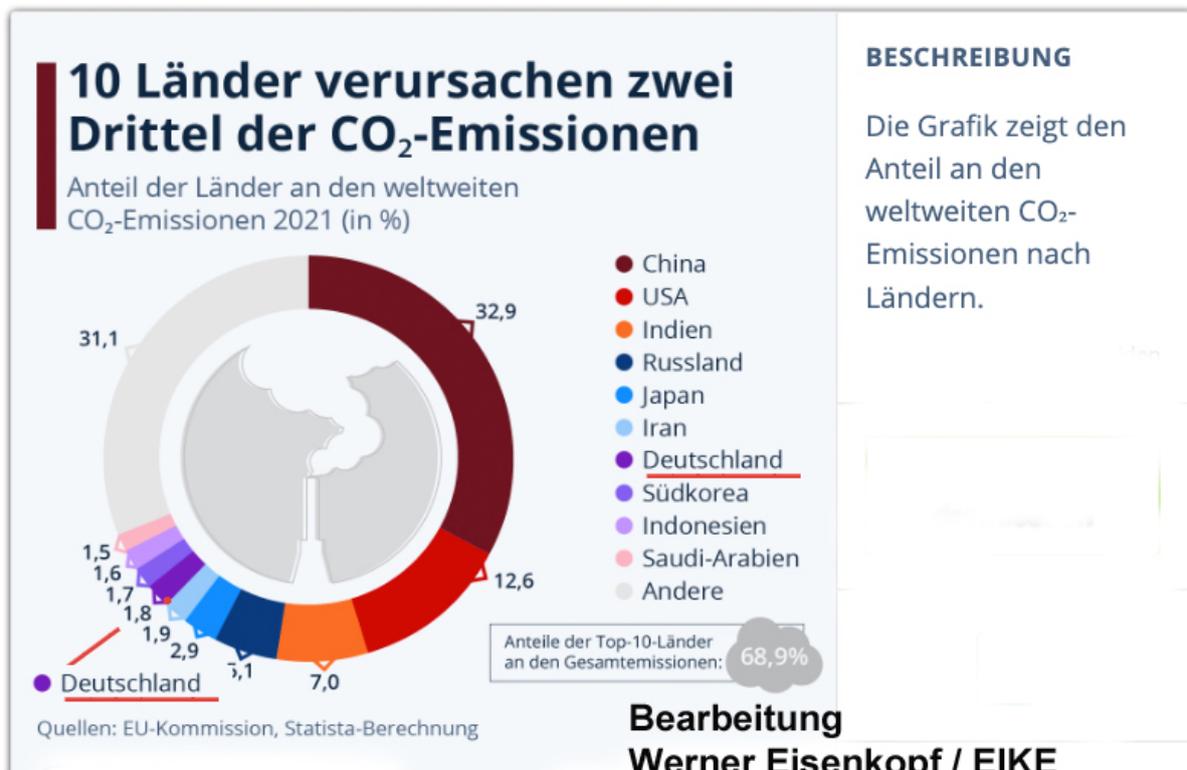
Heizungen als Vergleich.

In künftigen Generationen, wird man rückblickend rätseln, wie eine ganze Welt auf diesen ganzen „Klima-Irrsinn“ hereinfallen konnte . Wie man seine eigenen Grundlagen als Industrienation und Wirtschaft zerschlagen und selbstdemontieren konnte. Dies alles in einem leider wirklich nur noch „klimareligiös“ nennbaren Wahn als selbsternannte „Weltretter“ und ohne Zweifel am eigenen Tun.

Wer Details am damaligen Untergang des weströmischen Reiches kennt, der sieht erstaunt bereits einige Parallelen zu heute in Europa. Damals Rom und heute Brüssel und Berlin.

Die Fff und die Klimakleber, wecken bei historisch Gebildeten, bereits gewisse Erinnerungen an Maos „Junge Garden“ bei der Kulturrevolution damals in China. Jedoch auch Assoziationen zu den verführten jungen Menschen im 1. Weltkrieg. „Assoziation“ ist noch kein Vergleich oder eine Gleichsetzung. Es ist eher ein inneres Betrachtergefühl. Doch wenn dieses GEG tatsächlich so wie vorgesehen und auch so schnell im deutschen Bundestag durchkommen sollte, ist danach in der bundesdeutschen Politik, wirklich nichts mehr so, wie es vorher war.

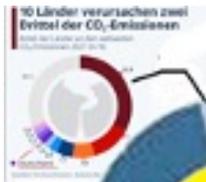
Das deutsche GEG-Heizungsgesetz, ist der global wohl allerteuerste „Fliegenschiss“ bei Emissionen



● = Menge der in Deutschland bei 6 Millionen Wärmepumpen, anstatt Öl+Gas rechnerisch eingesparten Emissionen bis 2030 laut Zahlen von Graichen/Habeck. Sie betragen demnach 1,4 %, von jenen 1,8 % vom deutschen Anteil an weltweiten Emissionen, somit 0,0252 % für ca. 14000 € JE vermiedene Tonne CO₂

Wer angesichts solcher Zahlen und Mengen, trotzdem weiter vom GEG als „wichtige Maßnahme zum globalen Klimaschutz“ redet, den kann man einen „weltfremden SPINNER“ nennen und das ist noch höflich formuliert!

Ergänzung vom 20.6.23 11:13



**3 - 4 % Menschgemachtes CO₂
aus Industrie, Kraftwerken, Verkehr**

CO₂-Gesamtmenge Erde

**96 - 97 % Natürliches CO₂
aus Pflanzenverrottung, Vulkanen
Erdspalten, Sümpfen, Mooren usw.**

**Alle klimapolitischen Darstellungen zu CO₂ sind
deswegen verzerrt, weil der Anteil am menschengemachten
CO₂, nur gerade mal 3-4 % der Gesamtmenge ist © 2023 FSWE**

Wer hiernach trotzdem noch immer an „Klimaschutz durch CO₂-Reduktion“ glaubt, ist Damit in einem „Glaubens-Bereich“ der nichts mehr mit Logik und gesundem Menschen –Verstand zu tun hat. Werner Eisenkopf